

# Kommt der Ausstieg vom Atomausstieg?

Der CDU-Politiker Christian Baldauf und der Energiewissenschaftler Ulrich Gräber warnen vor einer energiepolitischen Engstelle – Das schlagen sie vor

Von Lars Hennemann

■ **Rheinland-Pfalz.** Mit Kernkraft ist das so eine Sache. Sie ist nicht nur komplex im Umgang, sondern vor allem – trotz politischer Beschlüsse – sehr langlebig. Zwei, die die Debatte um die Atomenergie in Deutschland noch für keineswegs beendet erachten, sind Christian Baldauf, bis vor Kurzem noch Landesvorsitzender der CDU in Rheinland-Pfalz, und Ulrich Gräber. Gräber hat eine lange, erfolgreiche Karriere in der Energiewirtschaft aufzuweisen, die ihn von der damaligen Kraftwerk Union über die EnBW bis in den Vorstand der Areva führte, jenes französischen Konzerns also, der seit 2001 die Reste der deutschen Atombranche Zug um Zug übernahm.

Beim Redaktionsgespräch üben beide harsche Kritik am Kurs verschiedener deutscher Bundesregierungen in Sachen Atomkraft und prophezeien ein aus ihrer Sicht unausweichliches Comeback der umstrittenen Technologie. Und nicht nur das: Auch seine Kohlekraftwerke werde Deutschland, sagt Gräber, keineswegs so schnell abschalten wie offiziell immer noch verkündet.

Der studierte Maschinenbauer sieht dafür vor allem technische Gründe: „Energieversorgung besteht nicht nur aus Produktion, sondern auch aus Verteilung. Wir haben seit 2011 durch die Abschaltung der Atomkraftwerke 20 Gigawatt Grundlast vom Netz genommen. Jetzt lassen wir Sonne und Wind entscheiden, wie viel Last auf das Netz kommt und regulieren aufwendig nach. Das Stromnetz ist aber nicht für permanente Lastspitzen und schon gar nicht für ihr Abfangen ausgelegt. Wenn demnächst mit der Kohle noch ein weiterer grundlastfähiger Energieträger vom Netz geht, wird es endgültig zusammenbrechen“, ist sich Gräber sicher.

Dies sei umso sicherer, weil der von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) zur Sicherung der Grundlast ausgerufene Bau von Gaskraftwerken – wenn überhaupt – nicht rechtzeitig vor dem für 2038 vorgesehenen endgültigen Ausstieg aus der Kohleverstromung kommen werde. „Diese Gaskraftwerke werden bis dahin nicht gebaut werden. Die Genehmigungsverfahren dauern viel zu lange, der Einsatz von Gas ist seit dem Ukraine-Krieg mit vielen politischen und wirtschaftlichen Risiken behaftet, und die Unternehmen, die diese Kraftwerke

„Die Industrie soll also vor allem arbeiten, wenn der Wind weht und die Sonne scheint. Das ist Planwirtschaft pur und das Eingeständnis, dass unsere Energiepolitik knapp vor ihrem totalen Scheitern steht.“

Ulrich Gräber, Vorstand des französischen Konzerns Areva

zu bauen hätten, haben jedes Vertrauen in die Politik verloren“, sagt Gräber weiter.

Aufgrund all dieser Entwicklungen sehen er und Baldauf Deutschland vor einer energiepolitischen Engstelle. Sie führe zu weiterhin ansteigenden, teuren Stromimporten. „Wir beziehen jeden Morgen aus Frankreich die Leistung von zwei bis fünf Atomkraftwerken. Allein das kostet derzeit 800 Millionen Euro jährlich“, sagt Gräber. Ein ähnliches Muster des energiepolitischen „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ sieht Baldauf bei Erdgas: „Wir wollen kein eigenes Gas fracken, also kaufen wir es aus den Niederlanden, Norwegen, Katar oder den USA.“ Gleichzeitig wachse die installierte Kapazität vor al-



Das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich ging schon lange vor dem deutschen Ausstieg aus der Kernenergie vom Netz, 2019 wurde der Kühlturm gesprengt – ein Sinnbild für den langwierigen und milliardenteuren Rückbau der Atommeiler in Deutschland.

Foto: Thomas Frey/dpa

lem bei Wind und Sonne immer weiter auf. Die – an witterungsbedingte geeigneten Tagen – durch sie erzeugten Strommengen können weder die Verbraucher noch das Netz aufnehmen, sie flößen einfach ohne Erlöse und oft noch Zahlungen ins Ausland ab. Das liege unter anderem an der geografischen Verteilung vor allem der Windräder: „Wir bekommen nach wie vor den Strom nicht von Nord- nach Süd-deutschland.“

Der Bau neuer Leitungen stehe in den Sternen. Als Beispiel nennt Gräber die Südbahn-Link-Trasse, die eines Tages mit immerhin vier Gigawatt Kapazität über rund 670 Kilometer von Brunsbüttel nach Heilbronn führen soll. „Das Projekt hat 2013 begonnen. Heute sind gerade einmal 17 Kilometer der vorgesehenen Trasse überplant. Aber entlang der gesamten Strecke gibt es bereits 52 Bürgerinitiativen, die dagegen sind“, berichtet Gräber.

So schnell werde sich am Missverhältnis zwischen installierter Kapazität bei regenerativen Energien und der Aufnahmefähigkeit des Netzes also nichts ändern. Was gemäß den entsprechenden Bestimmungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) weiterhin dazu führe, dass an die Betreiber von Windrädern und Solarparks die vollen EEG-Entgelte gezahlt werden unabhängig davon zu welchem Preis dieser Strom von den Netzbetreibern abgesetzt werden kann. Für die Differenz zahlt dann der Staat den Netzbetreibern immer mehr Entschädigungen, nämlich für die Differenz zwischen dem, was zwar erzeugt, aber nicht kostendeckend verkauft werden

kann: „2023 waren das 12 Milliarden Euro, in diesem Jahr werden es über 20 Milliarden Euro sein“, bilanziert Gräber.

Wirtschaftsminister Habeck verneine diese Zahlen zwar. Gleichzeitig plane er jedoch mit der von Klaus Müller und damit einem weiteren Grünen geleiteten Bundesnetzagentur ab 2026 eine Reform der Netzentgelte. In einer Mitteilung der Agentur aus dem Juli 2024 heißt es dazu wörtlich: „Die alten Netzentgeltrabatte entsprechen nicht mehr den Anforderungen eines Stromsystems, das von hohen Anteilen erneuerbarer Stromerzeugung geprägt ist. Wir wollen zukünftig systemdienliches Verbrauchsverhalten der Industrie besonders anregen. Industrie und Gewerbe sollen reduzierte Netzentgelte zahlen, wenn sie in Situationen mit hohem Stromangebot mehr Strom verbrauchen.“ Gräber deutet dies so: „Die Industrie soll also vor allem arbeiten, wenn der Wind weht und die Sonne scheint. Das ist Planwirtschaft pur und das Eingeständnis, dass unsere Energiepolitik knapp vor ihrem totalen Scheitern steht.“



Das letzte deutsche Atomkraftwerk wurde 2023 in Neckarwestheim abgeschaltet. Der Energiewissenschaftler Ulrich Gräber war maßgeblich an dessen Bau beteiligt.

Foto: Marijan Murat/dpa

Christian Baldauf ergänzt: „Das ist der totale Irrsinn. Für die Verbraucher bedeutet das weiterhin hohe und höhere Preise, und in der Wirtschaft werden immer mehr Betriebe entweder in den Ruin oder außer Landes getrieben.“ Die BASF sei nur eines der prominentesten Beispiele. Entkommen kann Deutschland diesem Dilemma nach Meinung beider in den nächsten zehn Jahren mit einer Rückkehr zur Atomkraft. Allerdings nicht zu den Riesenkraftwerken vergangener Jahrzehnte. Denn deren Bau dauert viel zu lange und erweist sich dort, wo man noch auf sie setzt, immer öfter als finanzielles Desaster. So etwa in Frankreich (Flamanville), Großbritannien (Hinkley Point) oder Finnland (Olkiluoto). Auch in China (Taishan) haben sich bei zu den genannten europäischen Milliardenrabern typgleichen Reaktoren die Bau- und Energie-Erzeugungskosten fast verdoppelt. Deshalb setzen Gräber und Baldauf auf neue, wesentlich kleinere Reaktoren, sogenannte SMR-Modelle (Small Modular Reactor).

Den SMR werden von Experten zwar bescheinigt, aufgrund ihrer

Physik und Geometrie das Sicherheitsrisiko sowie die Menge an Atommüll zu senken. Außerdem können sie – wie die großen Blöcke früherer Bauart – statistisch gesichert 95 Prozent ihrer nominellen Leistung als sogenannten Leistungskredit dauerhaft der Energieversorgung zuführen. Zum Vergleich: Bei Kohle und Gas liegt dieser Wert geringfügig darunter, bei Windkraft sind es aber nur 6, bei Photovoltaik sogar 0 Prozent. Günstig sind die SMR aber dennoch nicht, und weil sie – je nach Typ – eben auch nur ein Zwanzigstel oder weniger an Leistung zur Verfügung stellen wie ein großer Block. Der Vorteil der SMR ist die modulare Bauweise. Diese biete sich an, sagt Gräber, um die Atomenergie wieder zum nennenswerten Bestandteil des deutschen Energiemixes zu machen.

Als mögliche Bauzeit für einen SMR veranschlagt Gräber aufgrund der industriellen Fertigung fünf Jahre, einschließlich Genehmigung. Bei Letzterer wäre seiner Meinung nach die Initiative der EU gefragt, da die meisten Anbieter aus China oder den USA kämen. „Boeing baut ja auch Flugzeuge, die nach dortiger Prüfung in Europa fliegen dürfen.“ Aber wie realistisch ist ein Ausstieg aus dem Atomausstieg wirklich, vor allem politisch? Christian Baldauf hält die Debatte darüber im Fall einer CDU-geführten Bundesregierung ab 2025 zumindest für denkbar: „Wir haben uns in unserem Grundsatzprogramm prinzipiell dazu bekannt. Energie muss gesichert und bezahlbar sein.“ Baldauf fordert daher, dass Deutschland zumindest wieder massiv in Forschung und

Entwicklung neuer Nukleartechnologie einsteigen solle. Ansonsten werde man schon bald endgültig abgehängt sein: „Junge Menschen können kaum noch entsprechende Abschlüsse bei uns machen, und bald wird auch das noch vorhandene Know-how erfahrener Mitarbeiter dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen.“

Auf Kanzler Olaf Scholz, der die Atomenergie einmal als „totes Pferd“ bezeichnet hat, antwortet

„Dieses angeblich tote Pferd wird weiterhin fröhlich geritten. Im Ausland, auch von deutschen Wissenschaftlern, deren Expertise wir bald nur noch bezahlen können, anstatt sie selbst zu vermarkten.“

Der CDU-Politiker Christian Baldauf über die Atomkraft

Baldauf: „Dieses angeblich tote Pferd wird weiterhin fröhlich geritten. Im Ausland, auch von deutschen Wissenschaftlern, deren Expertise wir bald nur noch bezahlen können, anstatt sie selbst zu vermarkten.“ In Ruanda entstehe unter Beteiligung deutscher Physiker aktuell ein Reaktortyp (Dual Fluid), der sogar geeignet sei, Atommüll zu verbrennen.

Projekte oder zumindest Interessensbekundungen für SMR gibt es in den USA und China sowie in Russland, Argentinien, Kanada, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Polen, Rumänien, Estland, Tschechien, Schweden, Dänemark, Japan, Südkorea und den Niederlanden. Kritiker sehen darin nur ein Rückzugsgefecht der Atomlobby, Befürworter eine echte Zukunftstechnologie, die klimafreundlich und grundlastfähig ist.

Wo steht Ulrich Gräber? Führt er im Alter von 76 Jahren das Gefecht um sein Lebenswerk? Er war maßgeblich beteiligt am Bau der Reaktoren in Philippsburg und Neckarwestheim, das 2023 als letztes deutsches Atomkraftwerk abgeschaltet wurde. Nach 34 Jahren Betriebszeit. „Das war so, als ob man einen Menschen im besten Berufs- rufsalter in Rente geschickt hätte. Das Kraftwerk hätte problemlos noch zehn oder 15 Jahre laufen können.“

Gräber vermutet hinter der Abschaltung politische Willkür aus dem Habeck-Ministerium und sieht sich durch Enthüllungen des Magazins „Cicero“ bestätigt. Dieses hatte per Klage Einsicht in Unterlagen des Ministeriums bekommen, aus denen hervorging, dass der Abschaltung der letzten drei deutschen Atommeiler keine ausreichende Prüfung vorausgegangen war. Der Ex-Vorstand lacht bitter: „Ich hatte in meinem Berufsleben viele exzellente Mitarbeiter aus der ehemaligen DDR. Die sagen heute zu mir ‚Warum sind wir eigentlich aus der DDR geflohen, nur um wieder in einem Staat zu leben, in dem Ideologie wichtiger ist als Wissenschaft?‘“ Der Bundestag hat zu den Vorgängen rund um die Abschaltung im Juli 2024 mit den Stimmen von CDU und AfD einen Untersuchungsausschuss eingesetzt.

Die Frage, ob ihn Verbitterung antreibe, verneint Gräber aber. „Nein, ich gebe nur einfach nicht auf. Wissen Sie, früher haben wir Energie immer nur für den tatsächlichen Bedarf produziert. Energie ist kein Selbstzweck, sie muss fließen. Sie macht das Leben einfacher und ermöglicht Produktion und damit Wertschöpfung. Jeder staatliche Eingriff in dieses System macht es seit Jahrzehnten teurer und instabiler. Das ist auf Dauer volkswirtschaftlich tödlich.“ Pause. „Und ja, ich kann noch heute nicht an manchem stillgelegtem Kernkraftwerk vorbeifahren, ohne dass es mir weht tut.“

## Auf ein Neues: Christian Baldauf will 2026 wieder für den rheinland-pfälzischen Landtag kandidieren

Christian Baldauf will bei der nächsten Landtagswahl im März 2026 erneut für die CDU in den rheinland-pfälzischen Landtag einziehen – und sein Direktmandat verteidigen. Das bestätigte der 57-jährige Pfälzer auf Anfrage unserer Zeitung. Zuerst hatte die „Rheinpfalz“ berichtet. Baldauf sagte unserer Zeitung: „Es ist doch nun einmal so, dass ich lediglich keine

Funktionen mehr in der Partei und Fraktion habe. Ich vertrete aber weiter als direkt gewählter Abgeordneter meines Wahlkreises die Interessen meiner Wähler. Das will ich auch in Zukunft tun.“ Er werde von vielen Bürgern, aber auch von Fraktionskollegen gebeten, bei der nächsten Wahl erneut anzutreten. Er wolle auch in Zukunft seine Kompetenz in der Wirtschaftspolitik

einbringen – und gemeinsam mit dem neuen Partei- und Fraktionsvorstand dafür sorgen, dass die rheinland-pfälzische CDU die nächste Landtagswahl 2026 gewinnen wird, sagte Baldauf.

Christian Baldauf war Ende September bei einem Landesparteitag in seiner Heimatstadt Frankenthal als Parteivorsitzender von Gordon

Schnieder abgelöst und verabschiedet worden. Den Fraktionsvorsitz hatte der 57-Jährige bereits im Frühjahr 2023 abgegeben. Der Jurist ist damit nur noch einfacher Landtagsabgeordneter. Für die CDU sitzt Baldauf seit dem Jahr 2001 im Landtag. In seinem Wahlkreis Frankenthal (35) gewann der Christdemokrat fünfmal das Direktmandat. **bas**